

Grüne wollen Förderschulen streichen

Spitzenkandidatin setzt auf Regelschulen.

VON JAN SCHUMANN

MAGDEBURG/MZ. Die Grünen-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Susan Sziborra-Seidlitz, fordert die Abschaffung von Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen in Sachsen-Anhalt. Das sagte die Bildungspolitiklerin am Mittwoch in Magdeburg nach einer Klausurtagung der Landtagsfraktion. Die Abgeordnete forderte dagegen, dass bisherige Förderschüler zusammen mit Altersgenossen in regulären Schulen lernen sollten.

Tausende Kinder in Sachsen-Anhalt würden jedes Jahr „aus-sortiert“ und in Förderschulen „bildungsbiografisch“ einfach auf ein Abstellgleis“ gestellt, kritisierte Sziborra-Seidlitz. Sie zog eine direkte Verbindung zwischen der überdurchschnittlich hohen Zahl von Lern-Förderschülern im Land und der hohen Quote von Schulabgängern ohne Abschluss. „Förderschule heißt: Nach der Schule warten Aushilfsjobs oder aber Werkstatt“, warnte Sziborra-Seidlitz.

Kinder ohne Abschluss

Hintergrund: 9,3 Prozent der Schüler in Sachsen-Anhalt erhielten im vergangenen Schuljahr nur ein Abgangszeugnis, also keinen staatlich anerkannten Schulabschluss. Seit Jahren ist diese Quote in Sachsen-Anhalt auf hohem Niveau. Gleichzeitig gibt es im Bundesland vergleichsweise viele Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen. Diese Schulform soll Kinder mit Lernschwächen unterstützen, viele Schüler gehen jedoch ohne Abschluss ab.

Grünen-Politikerin Sziborra-Seidlitz hält die Sonderschulform für Kinder mit Lernschwächen für den falschen Weg. Sie forderte außerdem gemeinsames Lernen aller Schulkinder bis zur sechsten Klasse. Aktuell müssen sich Eltern und Schüler im vierten Schuljahr entscheiden, ob die Kinder aufs Gymnasium oder auf die Sekundarschule wechseln sollen. Langfristig halte sie es sogar für sinnvoll, dass Kinder bis zur zehnten Klasse zusammenlernen, erklärte Sziborra-Seidlitz.

Abitur künftig variabel?

Zudem regte die Abgeordnete eine Reform der Gymnasien im Land an. Geht es nach Sziborra-Seidlitz, sollen die Schulen künftig selbst entscheiden dürfen, ob Schüler das Abitur nach zwölf oder 13 Jahren erlangen. Aktuell müssen Gymnasiasten im Land zwölf Jahre zur Schule gehen. In einigen Ländern gibt es bereits die Wahlmöglichkeit.



„Meine Memoiren sollen auf keiner Seite langweilig sein“

Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) schreibt an seinen Memoiren. „Das läuft sehr gut“, hatte der SPD-Politiker zuvor beim Literaturfestival

Lit.Cologne in Köln gesagt. „Ich hab’ mir ganz fest vorgenommen, dass das Buch auf keiner Seite langweilig ist.“ Es solle schon 2027 erscheinen.

„Also, es geht schnell.“ Scholz sagte, dass es „Erinnerungen sein sollen, die sich mit der Politik beschäftigen“.

FOTO: DPA

Linke greifen Vormann Gysi an

Der frühere Chef der Bundestagsfraktion beklagt die „falsche Sicht“ von Migranten auf Israel. Damit spitzt sich der innerparteiliche Streit um Antisemitismus weiter zu.

BERLIN/HANNOVER/DPA. Im anhaltenden Streit der Linken über Antisemitismus sieht sich derzeit der frühere Fraktionschef Gregor Gysi scharfer Kritik ausgesetzt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Migrantische Linke wirft dem 78-Jährigen wegen eines Interviews „rassistische Narrative“ vor, wie es in einem internen Schreiben an Gysi heißt. Dessen Büro erklärte allerdings auf Anfrage, das Schreiben habe den Bundestagsabgeordneten nicht erreicht. Schon deshalb werde sich Gysi dazu nicht äußern, sagte ein Sprecher.

Die Migrantische Linke postete auch ein Video auf Instagram, das die kritisierte Passage eines „Focus“-Interviews mit Gysi zeigt. Dort sagte dieser auf eine Frage nach Antisemitismus in der Linken, es seien viele Menschen mit „spezifischem Migrationshintergrund“ in die Partei gekommen, was er begrüße. Diese brächten aber Sichten auf Israel mit, die zum Teil falsch seien.

Verweis auf Geschichte

Der von Dutzenden Parteimitgliedern unterzeichnete Brief wirft Gysi vor, einen pauschalen Verdacht gegen Migranten zu äußern und mit einem „angeblich zunehmenden Antisemitismus-Problem“ zu verknüpfen.

Tatsächlich sei Antisemitismus ein „gesamtgesellschaftliches, tief in der europäischen Geschichte verwurzeltes Phänomen“. In diese



Linksparteichef Jan van Aken (l.) und Gregor Gysi

FOTO: IMAGO

Richtung äußerte sich auch der Parteivorsitzende Jan van Aken im „Spiegel“. „Wenn ich Gregor richtig verstehe, dann ist es nicht richtig, was er da sagt. Er erweckt den Eindruck, dass Antisemitismus vor allem ‚importiert‘ sei. In der jahrhundertlangen Geschichte der Judenverfolgung war es vor allem das Christentum, das eine Gefahr für Jüdinnen und Juden war. Und der Holocaust wurde von blonden blauäugigen Deutschen begangen.“

Antisemitismus sei ein Problem der gesamten Gesellschaft und nicht bestimmter Gruppen, betonte

van Aken. „Aber vielleicht liegt hier auch ein Missverständnis vor – deshalb fände ich ein baldiges Treffen zwischen den Betroffenen sinnvoll.“ Ein Gespräch wird auch in dem internen Brief der Migrantischen Linken an Gysi gefordert, ebenso wie eine „öffentliche Entschuldigung bei den migrantischen und jungen Mitgliedern unserer Partei“.

Buhlen um Wählerstimmen

Der sich aktuell verschärfende Streit fügt sich ein in einen Dauerkonflikt in der Linken über die Haltung zu Israel und zum Gazakrieg.

Niedersachsens Antisemitismusbeauftragter Gerhard Wegner übt in diesem Zusammenhang scharfe Kritik an einem Beschluss der niedersächsischen Linken. Diese hatten bei ihrem Landesparteitag am vergangenen Sonntag einen Antrag mit dem Titel „Die Linke Niedersachsen lehnt den heute real existierenden Zionismus ab“ beschlossen.

„Dieser Beschluss ist ein Angriff auf die Existenz des Staates Israel. Das kann man so nicht durchgehen lassen, das ist übler Antisemitismus“, sagte Weber der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. (HAZ). In dem Beschluss werden auch umstrittene Vorwürfe angeführt, wonach die israelische Regierung im Gazastreifen einen Genozid betreibt und in Israel und den besetzten Gebieten Apartheid herrsche. Der Partei gehe es offenbar kurzfristig um Wählerstimmen, sagte Wegner der HAZ. Der brandenburgische Antisemitismusbeauftragte Andreas Büttner hatte zu Wochenbeginn wegen des Beschlusses des niedersächsischen Linken-Verbandes seinen Austritt aus der Linkspartei erklärt.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Die demonstrative Ablehnung des einzigen jüdischen Staates ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes.“ Er würdigte den Schritt Büttners, die Linkspartei zu verlassen.

Correctiv verliert vor Gericht

Hintergrund ist das „Potsdam-Treffen“.

VON MARION VAN DER KRAATS

POTSDAM/DPA. Im Streit über die Berichterstattung der Rechercheplattform „Correctiv“ über das sogenannte Potsdamer Treffen hat die AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy einen Erfolg erzielt. Das Landgericht Berlin hat einer Klage der Politikerin stattgegeben und damit insgesamt drei Äußerungen untersagt. „Correctiv“-Chefredakteur Justus von Daniels kündigte an, dagegen Berufung einzulegen.

In dem Verfahren ging es im Kern darum, ob einzelne Aussagen von „Correctiv“ als Meinungsäußerungen zu werten sind oder als Tatsachenbehauptung. Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig.

„Wir sind überrascht“

„Wir sind sehr überrascht über das Urteil des Landgerichts Berlin, insbesondere im Vergleich zum klar gewonnenen Verfahren in Hamburg“, teilte Chefredakteur von Daniels mit. Er betonte: „Der unbestrittene Faktenkern unserer Recherche wurde nicht angegriffen, lediglich zwei journalistische Wertungen.“ Huys Anwalt, Carsten Brennecke, meinte dagegen: „Wir fühlen uns in unserer Ansicht betätigt, dass Kernaussagen als Tatsachenbehauptung verstanden werden.“

Hintergrund ist der „Correctiv“-Bericht von Januar 2024 unter dem Titel „Geheimplan gegen Deutschland“ über ein Treffen von Rechten und Rechtsextremen in einem Hotel bei Potsdam im November 2023. Darin ging es unter ande-



Im Kern dreht sich der Rechtsstreit um die Frage, was wirklich beim Treffen in der Villa in Potsdam (Foto) gesagt wurde und was lediglich eine Interpretation ist.

FOTO: DPA

rem um die Einordnung, dass es bei dem in Potsdam vorgestellten Konzept der „Remigration“ um einen „Masterplan zur Ausweisung deutscher Staatsbürger“ gegangen sei. Das Konzept war vom früheren Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung in Österreich, Martin Sellner, vorgestellt worden.

An dem Treffen hatten auch Politiker von AfD und CDU teilgenommen, darunter Huy. Die Abgeordnete, deren persönliches Erscheinen das Gericht angeordnet hatte, sagte, sie habe bei dem Treffen kaum jemanden gekannt. Dass Sellner sprechen würde, sei ihr nicht bekannt gewesen.

Ausweisung von Bürgern?

Vor Gericht ging es konkret um eine Einordnung des „Masterplans“ zur Ausweisung von Staatsbürgern sowie eine Äußerung Vosgeraus. Zudem griff Huy eine Äußerung eines weiteren Teilnehmers des Treffens an. Diese hatte „Correctiv“ im Rahmen eines anderen Textes im Internet zugänglich gemacht. Diese Äußerungen sind nach der Gerichtsentscheidung nun sowohl „Correctiv“ als auch dem anderen Teilnehmer untersagt.

ANZEIGE

GESCHENKETIPP

Die MZ zu Ostern verschenken und Messerset erhalten.

☎ 0345 565 2233

💻 mz.de/geschenktion

Aktion: 11666

CDU will viel mehr Polizisten

Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt nennt 8.000 Beamte als Ziel.

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG/MZ. Die CDU in Sachsen-Anhalt will die innere Sicherheit zu einem Schwerpunkt ihres Wahlkampfs machen. Der Entwurf des Wahlprogramms enthält auch die Forderung, die Landespolizei „kräftig“ aufzustocken. Das der MZ vorliegende Papier nennt als Ziel 8.000 Vollzugsbeamte. Das wäre ein sehr starker Aufwuchs. Zum Vergleich: Bis zum Ende dieser Wahlperiode wollte die Landesregierung die Zahl der

Polizisten auf 7.000 steigern, sie wird dieses Ziel allerdings verfehlen. Im vergangenen Jahr waren bei der Landespolizei rund 6.400 Vollzugsbeamte im Einsatz.

Der Programmentwurf fordert zudem eine technische Aufrüstung. So sollen mehr Überwachungskameras im öffentlichen Raum kommen und eine flächendeckende Ausrüstung mit Elektrowaffen, sogenannten Tasern.

Arbeitslose sollen dem Entwurf zufolge zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden. Weigern sie sich, droht ihnen die Kürzung von Sozialleistungen. Wirtschaftspolitisch setzt sich die CDU eine ehrgeizige Aufgabe. „Unser Ziel: Eine der Top-5-Regionen für Ansiedlungen werden, und zwar nicht in ganz Europa“, heißt es. Um es Firmen

einfacher zu machen, sollen sie künftig alle Genehmigungen aus einer Hand erhalten. Die Fläche der gescheiterten Intel-Chipfabrik, der Hightech-Park bei Magdeburg, soll sich durch Ansiedlung von Hochtechnologie-Unternehmen und ihren Zulieferern zu einem „wirtschaftlichen Leuchtturm in Ostdeutschland“ entwickeln.

ARD und ZDF sollen laut Programmentwurf „perspektivisch“ zusammengeführt werden. Eine Ausweitung des Energieangebots verspricht sich die CDU von einem Ausbau von Photovoltaik auf Dächern, an Fassaden und Mauern. Die Vermarktung des Stroms solle unbürokratischer werden. Das Programm soll am Montag im CDU-Landesvorstand eingebracht und im Juni von einem Parteitag beschlossen werden.